

Zu Punkt 8.5

der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
27.11.2025

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, 06.11.2025

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich am 27. November 2025

Industriestrategie: Produzieren in Österreich – Zukunft sichern

Österreichs Industrie steht unter massivem Druck: Hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie, Fachkräftemangel und eine wachsende Abgabenbelastung gefährden die Wettbewerbsfähigkeit. Immer mehr Unternehmen denken über Produktionsverlagerungen ins Ausland nach – ein Alarmsignal für den Standort.

Zudem wird der wirtschaftliche Leistungswille zunehmend durch falsche politische Anreize wie übertriebene „Work-Life-Balance“-Trends und planwirtschaftliche Klimauflagen gebremst.

Um Österreich als Industriestandort zu erhalten und auszubauen, braucht es eine **technologieoffene, marktwirtschaftliche und patriotische Industriepolitik**, die nationale Interessen verteidigt, ideologiefreie Rahmenbedingungen schafft und Zukunft ermöglicht.

Kernforderungen:

1. Kosten- und Bürokratieabbau

- Evaluierung und gezielte Reduktion der Kammerumlage II (KU II)
 - Überprüfung der KU II im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Standortbelastung, mit dem Ziel einer schrittweisen Entlastung.
- Senkung der Lohnnebenkosten um 5 Prozentpunkte (Arbeitgeberanteil)
 - Entlastet Betriebe, stärkt Beschäftigung.
- Genehmigung in 180 Tagen – One-Stop-Shop pro Bundesland
 - Einheitliche Schnittstelle für alle Verfahren, automatische Genehmigung bei Fristablauf („Silence is Consent“).
- Regulierungsmoratorium – „One in, Two out“
 - Für jede neue Auflage müssen zwei alte gestrichen werden.
- Digital-First-Verwaltung
 - e-Genehmigungen, einheitliche Formulare, einmalige Datenerfassung („Only-Once“-Prinzip).

2. Energie und Standortinfrastruktur

- Einführung eines Energie-Industrietarifs (befristet)
 - Reduzierte Netzentgelte und Abgaben für strom- und gasintensive Betriebe.
- Langfristige Energieverträge (PPAs) ermöglichen
 - Planungssicherheit durch fixe, wettbewerbsfähige Energiekosten.
- Kraftwerksstrategie mit Planungshorizont festlegen
 - Klare Richtlinien für künftige Stromerzeugungskapazitäten und Investitionen.
- CCS- und Geothermie-Nutzung ermöglichen
 - Technologieoffenheit und sichere Energieversorgung statt Verbotskultur.
- Ausbau der Standortinfrastruktur
 - Schnellverfahren für Leitungs- und Trafoausbau, Industrie-5G, Glasfaser, Werksanschlüsse und Güterverkehrskorridore.
- Technologieoffene Energiepolitik
 - Keine ideologischen Verbote – entscheidend ist Versorgungssicherheit und Preisstabilität

3. Investitionen, Innovation & Vergabe

- Investitionsfreibetrag 25 % für Re-/Near-Shoring, Kapazitätsausbau und Automatisierung
 - Produktionsverlagerungen nach Österreich erleichtern.
- Degressive AfA bis 30 %
 - Schnellere steuerliche Abschreibung neuer Anlagen.
- F&E-Turbo
 - Forschungsprämie und „Superabschreibung 200 %“ für Prototypen und Erstserien.
- Österreich-Fonds als Anschubfinanzierer für Schlüsselindustrien
 - Staat als Anschieber, nicht als Dauerfinanzierer.
- Patent-Box und Mittelstands-Börse
 - Innovationsanreize und leichterer Zugang zu Kapitalmärkten.
- Vergaberecht reformieren – Qualitätskriterium Regionalität
 - Bestbieterverfahren mit klaren Regionalitäts- und Qualitätskriterien, statt einseitiger Billigstbieterlogik.

4. Fachkräfte und Arbeitswelt

- Fachkräftepaket für die Industrie
 - Trial Ausbildung (Betrieb + Berufsschule + FH-Modul), Meisterprämien und kostenlose Vorbereitungskurse.
- Inländer- und Integrationsvorrang
 - Vorrangig inländische und bereits hier lebende Zuwanderer qualifizieren und integrieren.
- Gezielte Zuwanderung nur bei echten Engpässen
 - Befristet, leistungsgebunden und kontrolliert, in klar definierten Mangelberufen.
- Betriebsnahe Arbeitszeitmodelle
 - Projekt- und Schichtmodelle auf Basis von Betriebsvereinbarungen mit steuerfreier Mehrarbeit.

5. Außenwirtschaft, Rohstoffe & Resilienz

- Re-/Near-Shoring strategischer Lieferketten
 - Rückholung kritischer Vorprodukte (Chemie, Elektronik, Werkzeugbau).
- Rohstoff- und Recyclingstrategie
 - Nutzung heimischer Ressourcen, strategische Vorräte und europäische Beteiligungen an Schlüsselprojekten.
- Europäische Datenräume als kritische Infrastruktur
 - Schutz europäischer Unternehmensdaten – keine Abhängigkeit von US- oder China-Providern.
- Wirtschaftliche Landesverteidigung mitdenken
 - Einbindung der Industrie in die umfassende Landesverteidigung und Krisenvorsorge.
- Export- und Clusterförderung
 - OeKB-Garantien, Export-Roadshows, Industrie-Cluster in CEE- und MENA-Regionen stärken.
- Cyber-Resilienz für Industrie-KMU
 - Mindeststandards, geförderte Sicherheits-Audits und praxisnahe Beratung.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG

Der Präsident und die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, gemeinsam mit der Sparte Industrie und der Industriellenvereinigung bis zum nächsten Wirtschaftsparlament ein Konzept zur Umsetzung dieser **Industriestrategie für den Standort Österreich** vorzulegen.

Dieses soll insbesondere Maßnahmen zu Kostenentlastung, Energieversorgung, Investitionsförderung, Fachkräftesicherung, regionaler Vergabe und Standortresilienz enthalten.

„Wer in Österreich produziert, schafft Wohlstand, Arbeitsplätze und Zukunft. Unsere Industrie wird aber von Bürokratie, Energiepreisen und EU-Regulierungswut erdrückt.

Mit dieser Industriestrategie fordern wir eine echte Standortoffensive: Energie leistbar machen, Investitionen erleichtern, nationale Interessen wahren und Arbeitsplätze sichern. Nur wenn Produktion in Österreich wieder möglich und attraktiv ist, bleibt unser Land ein starkes Industrieland.“

GS Reinhard Langthaler
WP-Delegierter, Fraktionsobmann-Stv.

Mag. Reinhard Pisec
WP-Delegierter

Ing. Eduard Fischer
WP-Delegierter